

Die Freiheit in den Zeiten der Pandemie

Sabine Döring

Während in Deutschland zu Beginn der Pandemie die behördlichen Maßnahmen zur Coronabekämpfung von einer Mehrheit der Menschen aktiv mitgetragen wurden, erleben wir seit Herbst 2020 eine immer lauter werdende Protestbewegung. Hasskommentare und Gewaltaufrufe, die im Internet gegen Polizei, Politik und Wissenschaft verbreitet werden, haben enorm zugenommen; sogar zu tätlichen Angriffen und Fackelaufmärschen vor Wohnhäusern ist es gekommen. Wie soll eine liberale Demokratie damit umgehen? Welche Lehren über Freiheit ziehen wir aus der Pandemie?

Das Virus ist eine Herausforderung für die liberale Demokratie

Unsere liberale Demokratie wurde durch das neue Virus SARS-CoV-2 vor eine neue Herausforderung gestellt. Die politische Entscheidungsfindung im Umgang mit der Pandemie ist geprägt durch eine in dieser Form unbekannte Kombination aus Wichtigkeit, dem Erfordernis wissenschaftlicher Expertise, Unsicherheit und höchster Dringlichkeit. Um dies im Vergleich zum Klimawandel zu verdeutlichen: Klimawandel ist mittel- und langfristig das wichtigere Problem. Die Wahrnehmung und die Antwort auf beide Probleme wird stark von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ratschlägen geprägt. Was aus uns wird, wenn wir die von der Wissenschaft empfohlenen Maßnahmen umsetzen, ist nur mit großer Unsicherheit vorhersagbar. Jedoch zählt bei einem sich ausbreitenden Virus jeder Tag (Containment), jede Woche (Mitigation) oder jeder Monat (Impfquote), während wir beim Klimawandel in Jahren rechnen. Denn die Prozesse, die dem Klimawandel zugrunde liegen, sind kumulativ (wenngleich es Kippunkte gibt), wohingegen die Ausbreitung eines Virus ein multiplikativer Prozess ist.

Beide Krisen verlangen nach kollektivem Handeln. Erstens hat individuelles Handeln Konsequenzen für andere. Während sich beim Klimawandel der individuelle CO_2 -Fußabdruck zu einer globalen Emission addiert, kann in der Pandemie jeder zu einem massiven Ausbreitungsfaktor werden. Zweitens gibt es ein Trittbrettfahrerproblem: Von einer Lösung profitieren auch jene, die keine Kosten übernehmen. Drittens ist zur Bewältigung beider Krisen wissenschaftliche Expertise deshalb unverzichtbar, weil der Einzelne gar nicht absehen kann, wie sich sein Handeln global auswirken würde. Damit ist, technisch gesprochen, eine private Verhandlungslösung gemäß dem Coase-Theorem¹ vom Tisch. Es geht nicht ohne staatlichen Eingriff.

Eine aus liberaler Sicht optimale Intervention zur Verlangsamung des Klimawandels setzt auf Marktanreize, denn es geht um Reduktion: CO_2 ist ein Nebenprodukt hochgeschätzter Güter wie Strom, Wärme oder Warenproduktion. Das Ziel ist, die Summe globaler Emissionen bis hin zu einer neutralen Bilanz zu verringern. Verknappung durch eine Pigou-Steuer oder effizienter noch durch Zertifikate überlässt den Weg zur Reduktion dem Markt. Vergleichbare Ansatzpunkte für marktkonforme Maßnahmen in einer Pandemie zu finden, fällt schwer, zumal es nicht wie beim CO_2 um Reduktion geht, sondern um »Elimination« im Sinne einer Niedriginzidenzstrategie ohne Verfügbarkeit eines Impfstoffs und eines nachhaltigen Risikomanagements bis zum Erreichen der endemischen Phase mit Impfstoff. Für jedes Individuum muss verhindert werden, dass es zum Glied einer Infektionskette wird. Am besten erreicht man dies durch Regulierung, und das heißt: durch allgemeine Verbote bzw. Gebote wie zum Beispiel ein Kontaktverbot, eine Maskenpflicht oder, sofern die erforderliche Impfquote nicht anders erzielt werden kann, durch eine Impfpflicht. Während es dem Klima egal ist, wer die CO_2 -Reduktion leistet (es zählt allein die globale Summe), scheitert die Elimination eines Virus, wenn sich nicht auch die Privilegierten und die Bockigen fügen. Das ist Grund, warum Epidemiologen der Impfquote eine so hohe Bedeutung beimessen. Auch wenn die Impfung heute nicht der alleinige Ausweg aus der Pandemie ist, ist sie nach wie vor der wichtigste.

1 Vgl. Coase, Ronald H.: »The Problem of Social Cost«, in: The Journal of Law & Economics 3 (1960).

Impfen ist moralisch geboten

Sofern erstens die Risiken der Impfung im Vergleich zu den Risiken einer Covid-19-Infektion vernachlässigbar sind, und zweitens durch die Erhöhung der Impfquote die Notwendigkeit staatlicher Einschränkungen *für alle* sinkt, ist es moralisch geboten, seinen Solidarbeitrag zur Impfquote zu leisten. Keine Ethik, die diesen Namen verdient, stellt einen guten Grund dafür bereit, dass andere unter Covid-19-Patienten leiden sollten, nur weil diese so »frei« waren, sich nicht impfen zu lassen, obwohl sie es konnten. Aus der Richtigkeit einer *moralischen* Impfpflicht folgt allerdings nicht die Richtigkeit einer *gesetzlichen* Impfpflicht: Für Liberale wird letztere die ultima ratio sein. Umgekehrt folgt aber daraus, dass eine Impfpflicht nicht gesetzlich beschlossen ist, nicht, dass wir nicht moralisch verpflichtet sind, uns impfen zu lassen. Nicht alles, was gesetzlich erlaubt ist, ist moralisch richtig.

Wie alle Katastrophen macht Corona dies wie unter einem Brennglas sichtbar. Katastrophen sind die »Stunde der Wahrheit«, insofern sie solidarisches Handeln erfordern. Während wir in ruhigeren Zeiten auch dann noch über die Runden kommen, wenn die meisten von uns ihre Steuern zahlen, sich an die Straßenverkehrsordnung halten und sich ansonsten vorwiegend um ihre eigenen Belange kümmern, zwingt Corona uns die Einsicht auf, dass Menschen für andere Menschen unbeabsichtigt zur Gefahr werden können. Zwar haben »negative externe Effekte«, d.h. negative Auswirkungen des eigenen Handelns auf andere, für die der Akteur nicht Rechnung trägt, immer schon eine wichtige Rolle in der politischen Debatte gespielt. Beispiele sind die Debatten um Klimawandel, Migration oder den Sozialstaat. Aber die Coronakrise lässt uns diese Effekte vermutlich so deutlich sehen wie nie zuvor. Wer die negativen externen Effekte der eigenen Handlungen einfach ignoriert und sich weigert, Verantwortung für sie zu übernehmen, handelt »egoistisch«. Der Egoist leistet seinen eigenen Beitrag zum Gemeinwohl nicht, baut aber zugleich darauf, seinerseits von den Segnungen des Gemeinwohls zu profitieren. Er ist ein Trittbrettfahrer, gleich, welche Motive er haben oder welche Gründe er dafür anführen mag.

Dabei geht es um viel mehr als nur um die Impfung oder die Coronamaßnahmen im Allgemeinen. Oftmals argumentieren Trittbrettfahrer unter dem Deckmantel der Eigenverantwortung oder der Freiheit. Klarerweise ist Trittbrettfahren gerade keine Eigenverantwortung. Denn im genuinen ordoliberalen Wortsinne hieße »Eigenverantwortung« ja, für den durch das

eigene Handeln oder Unterlassen bei sich selbst und anderen verursachten Schaden *selbst* aufzukommen. »Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen«, so beginnt Walter Eucken seine 1952 veröffentlichten *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*.² Ohnehin kann, wie bereits deutlich wurde, eine Pandemie – wie auch der Klimawandel – nicht allein durch Eigenverantwortung bekämpft werden, da dazu koordiniertes Handeln erforderlich ist.

Auf Freiheit können Trittbrettfahrer sich nicht berufen

Auch auf den Begriff der Freiheit kann der Trittbrettfahrer sich nicht berufen. Vordergründig betont er die Abwehr illegitimer staatlicher Eingriffe in individuelle Handlungsoptionen. Es scheint ihm um die von Isaiah Berlin so getaufte »negative Freiheit« als die Freiheit *von* Einmischung zu gehen. Menschen könnten und sollten selbst entscheiden, was sie wirklich wollen. So weit, so gut. Nur unterschlagen Trittbrettfahrer im Unterschied zu wahren Liberalen, dass Freiheit ein *normativer* Begriff ist. Negative Freiheit – oder auch die im Anschluss an sie nicht zuletzt von Philip Pettit entwickelte »republikanische Freiheit« als die Freiheit von Willkürherrschaft – soll »positive Freiheit« als die Freiheit *zu* Selbstbestimmung schützen.³ Selbstbestimmung aber meint nicht »Willkürfreiheit«, also schrankenlose Befriedigung beliebiger Präferenzen, sondern Autonomie als *vernünftige* (oder jedenfalls *reflexive*) Selbstbestimmung. Es geht darum, etwas zu schützen, das schützenswert ist. Wir würden heute schwerlich die »Freiheit« schützen wollen, Kinder zu foltern. Dieser Aspekt der einen, einheitlich zu denkenden Freiheit fällt im Egoismus des Trittbrettfahrers unter den Tisch. Eine verbreitete Strategie im aktuellen politischen Diskurs besteht darin, bei *jedweder* staatlicher Freiheitseinschränkung reflexartig und unreflektiert zu protestieren (Böllern oder Billigfleisch, Coronamaßnahmen oder Maßnahmen zum Klimaschutz).

Im Hintergrund steht dabei oftmals der Unwille, seinen Kopf anzustrengen, um nach erfolgter Einsicht möglicherweise die eigene Komfortzone verlassen zu müssen. In dieser Strategie, Freiheit zum Freibrief der Sicherung eigener Privilegien zu erklären, besteht eine fundamentale Gefahr für die

2 Eucken, Walter: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Stuttgart: utb 2004.

3 Vgl. Pettit, Philip: *Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt*, Berlin: Suhrkamp 2015.

liberale Demokratie, die sich auf keinen einschlägigen liberalen Denker berufen kann.

Freiheit vollzieht sich im Rahmen eines Gemeinwesens

Freiheit, darüber sind sich wahre Liberale im Klaren, vollzieht sich immer schon im Rahmen eines Gemeinwesens und muss universalisierbar sein, d.h. für alle gelten, idealerweise im Rahmen der Weltgesellschaft (in der Debatte über Klimagerechtigkeit werden sogar zukünftige Generationen miteinbezogen). Eine liberale Demokratie kann deshalb nicht umhin, individuelle Freiheit zugunsten der Freiheit aller einzuschränken. Konsens in der liberalen Demokratie ist mit Isaiah Berlin, dass Autonomie nicht so verstanden werden darf, dass sie »von außen« bestimmt wird, schlimmstenfalls um den Preis, dass das Individuum in der Gemeinschaft praktisch verschwindet. Keine Staats- oder andere Macht darf unter Berufung darauf, es besser zu wissen als das beschränkte Individuum, was schützens- oder erstrebenswert sei, einen Paternalismus oder Autoritarismus begründen – eine Tyrannei der Moralisten. Aber das Bestehen dieser Gefahr kann auf der anderen Seite keinen Fundamentalskeptizismus bezüglich der Frage einer Einigung über die Grenzen individueller Freiheit im Rahmen einer liberalen Gemeinschaft begründen. Der Liberale beruft sich dabei auf das von John Stuart Mill formulierte und von Gerald Gaus als solches identifizierte »fundamentale liberale Prinzip«⁴, nach dem die Beweislast stets diejenigen tragen, die individuelle Freiheit einschränken wollen. In vielen Fällen wird sich dieser Beweis aber durchaus erbringen lassen: trivialerweise bei Kapitalverbrechen, aber sicherlich auch bei vielen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Fundamentale Ablehnung jedweder Einschränkung individueller Freiheit führte stattdessen zu Anarchie in Form einer Tyrannei der Starken.

Die Frage, welche externen Effekte internalisiert werden sollten, wo die Grenze der Domäne der Verantwortung für andere – oder der Solidarität – und der Domäne der Eigenverantwortung verläuft, kann nicht dem Individuum überlassen werden. Denn schließlich geht es um die Grundordnung oder Konstitution, die wir uns als Gemeinschaft geben. Idealerweise wird

4 Gaus, Gerald: *Justificatory Liberalism: An Essay on Epistemology and Political Theory*, Oxford: University Press 1996.

diese Frage in einem kontinuierlichen (ethisch) informierten gesellschaftlichen Diskurs aller Freien und Gleichen beantwortet, im Zuge dessen Ergebnisse jeweils im Rahmen eines demokratischen Prozesses kodifiziert werden. Ohne diese Ordnung wäre der Einzelne in der Gemeinschaft, in der sein Handeln notwendigerweise stattfindet, orientierungs- und schutzlos. Es gälte das Recht des Stärkeren. Idealerweise etabliert diese Ordnung stattdessen solidarisches Handeln in Freiheit.

Das soll nicht heißen, dass die individuellen Konzeptionen zu einer einzigen »wahren« Theorie des Guten konvergieren würden. Aus Sicht unserer liberalen Demokratie ist eine solche perfektionistische Theorie des Guten überkommen und sogar gefährlich: religiöse, kulturelle oder politische Ideen, die eine einzige Wahrheit versprechen, werden sich in einer gerechten Gesellschaft freier und gleicher Bürger allein schon aufgrund der »Bürden des Urteilens« (John Rawls) nicht umsetzen lassen und haben schon zu oft zu viel Grausamkeit mit sich gebracht. Gleichwohl verlangt unsere Teilhabe als Bürger an der sozialen Gemeinschaft zumindest das zu tun, »was wir einander (im Sinne der Gerechtigkeit) schuldig sind«⁵. Daher werden wir, statt uns blind grenzenlosem Lustgewinn hinzugeben, jede mögliche Quelle des Glücks kritisch auf ihre Externalitäten hin durchleuchten müssen. Hier hat wiederum Mill einen Punkt, wenn er gegen den rein quantitativen Hedonismus Jeremy Benthams für einen qualitativen Hedonismus plädiert und erklärt, es sei besser, »ein unzufriedener Sokrates als ein zufriedener Narr«⁶ zu sein. Der zufriedene Sokrates und wahre Liberale wird Fakten und Argumenten Rechnung tragen, ohne sich davon den Spaß verderben zu lassen. Mit Liberalismus nichts zu tun hat hingegen jene Einstellung im Politischen, die Quassim Cassam »epistemische Sorglosigkeit« getauft hat und die im Ergebnis zu »Bullshit« führt.⁷

5 Scanlon, Thomas M.: *What We Owe to Each Other*, Cambridge: Harvard University Press 2000.

6 Mill, John S.: *Utilitarianism*, London: Parker, Son and Bourn 1863.

7 Vgl. z.B. Cassam, Quassim: »Vice Epistemology«, in: *The Monist* 99:2 (2016), S. 159-180.

Wir brauchen Solidarität *und* Toleranz

All das setzt die wechselseitige Erfüllung bestimmter normativer Erwartungen sowohl der Bürgerinnen und Bürger untereinander wie auch des Staates gegenüber seinen Bürgern und der Bürgerinnen gegenüber dem Staat voraus, denn dies ist die notwendige Voraussetzung für gegenseitigen Respekt und gegenseitiges Vertrauen und damit die unverzichtbare Grundlage von Solidarität *und* Toleranz. In einer pluralistischen Gesellschaft ist dieser Weg kein Verlust an Freiheit, sondern ihre Bedingung, insofern eine Übereinkunft zwischen Freien und Gleichen nur so gelingen kann. Wie der Sieg über das Virus kann Übereinkunft in der pluralistischen Gesellschaft nur gelingen, wenn alle mitdenken und keiner »quer«, wenn man also nicht alle einfach machen lässt.

Von anderen Auffassungen des politisch Richtigen wird sich der Liberalismus gleichwohl dadurch unterscheiden, dass er Freiheit zum grundlegenden politischen Wert erklärt und sich eben deshalb auf das fundamentale liberale Prinzip beruft. Diesen Wert und dieses Prinzip in ihrem Gehalt und ihrer praktischen Umsetzung damit zu vereinbaren, unter jeweils zu spezifizierenden Bedingungen staatliche Regulierung anzuerkennen, wird für unsere Selbstbestimmung, unsere Gefühlsregulation, unsere Konzeptionen des guten Lebens und unser Zusammenleben das bestimmende Projekt der Zukunft sein – nicht nur in den Zeiten der Pandemie.

